Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 600 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 3.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5810. – Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 30. Dezember

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 1.00 M. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 4.00 M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6980. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Der Eisenbahnerstreik greift um sich

Auch Köln streikt! — Uneinigkeit unter den Eisenbahnern

Ablehnender Beschluß der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner

Der geschäftsführende Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten hat sich heute vormittag mit der Bewegung im Elberfelder Bezirk beschäftigt und folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Bewegung im Westen in den Direktionsbezirken Elberfeld, Köln und Essen ist als **wilde Bewegung** anzusehen. Die Zentralleitung der Gewerkschaft **lehnt die Teilnahme an dieser Bewegung ab!** Die Gewerkschaft befindet sich mit dem Reichsverkehrsministerium im Stadium der Verhandlungen mit dem Ziele, eine allgemeine Ortsklasseneinteilung für die Arbeiter mit rückwirkender Kraft und eine Gleichstellung mit den in der Privatindustrie gezahlten Löhnen zu erreichen, unbeschadet der im Juniar zu erwartenden allgemeinen Regelung.

Diese Verhandlungen sind nach den bestehenden Gewerkschaftsgrundsätzen zunächst zu Ende zu führen. Erst wenn ihr Ergebnis vorliegt, kann von der Gewerkschaftsleitung endgültig beschlossen werden, ob dieses Ergebnis genügt oder ob weitere Schritte zu ergreifen sind. Während der noch im Gang befindlichen Verhandlungen Streikaktionen zu unternehmen, wird als ungewerkschaftlich zurückgewiesen.

Das Reichsverkehrsministerium wird ersucht, die eingeleiteten Verhandlungen in positivem Sinne mit Beschleunigung zum Abschluß zu bringen. Die Leitung der Gewerkschaft hat das Vertrauen zu ihren Mitgliedern, daß sie dieser Parole strikte Folge leisten und sich nicht von unbesonnenen Elementen in örtliche Bewegungen hineinziehen lassen. Falls der Zeitpunkt kommen sollte, in dem seitens der Gewerkschaft zu Kampfmitteln gegriffen werden müßte, führt der Weg nicht über begriffslos gemachte Putsche, sondern kann nur in einer einheitlichen, von den Gewerkschaften möglichst gemeinsam zu beschließenden Aktion zum Ziele gebracht werden."

Die Berliner Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der sich in der Hauptsache aus Werkstättenarbeitern rekrutiert, hat sich heute gleichfalls mit der Bewegung beschäftigt und zu heute abend die gesamten Funktionäre der Großberliner Ortsgruppen des D. E. V. zusammenberufen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Äußerungen aus diesen Kreisen gehen dahin, daß die Berliner Funktionäre die Bewegung im Westen unterstützen werden.

Ueber die augenblickliche Streiklage wird von amtlicher Seite mitgeteilt: Die Streikdrohung beschränkt sich auf die Bezirke Köln, Essen und Elberfeld. In Köln verläuft noch alles ordnungsgemäß; es wird gearbeitet. In Essen ist heute vormittag die Versammlung der Funktionäre zusammengetreten. Bis 2 Uhr soll sie entscheiden, ob in den Streik eingetreten werden soll oder nicht. Im Elberfelder Bezirk liegt u. a. still der Betriebshof der Vorhalle, der wichtig für die Zurückführung der leeren Wagen nach dem Industriebezirk ist. In Hagen streiken die Mannschaften der Betriebswerkstätten. An verschiedenen Stellen sind die Betriebe durch Streikende behindert worden. Von amtlicher Seite wird betont, daß die Meldungen, nach denen die Regierung, entgegen ihren gestrigen Beschlüssen, nunmehr nachzugeben bereit sei, unzutreffend sind.

Die Lage im Westen

(Eigener Drahtbericht.)

TU. **Düsseldorf**, 29. Dezember.

Nach Meldungen der sozialdemokratischen Presse hat der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes nach Ablehnung der in dem Ultimatum aufgestellten Forderungen durch die Reichsregierung beschlossen, für die drei Direktionsbezirke Köln, Essen und Elberfeld den Ausstand in verschärfter Form morgen Freitag früh 6 Uhr ausgerufen.

Köln, 29. Dezember.

Der Deutsche Eisenbahnerverband rief den Streik für Köln-Ort auf heute nachmittag 2 Uhr und für Köln-Bezirk auf heute abend 10 Uhr aus. Die Arbeiter sind daraufhin in den Ausstand getreten. Es gelang bisher, den Personenverkehr im allgemeinen abzuwickeln, doch sind im Güterverkehr bereits erhebliche Behinderungen eingetreten.

Elberfeld, 29. Dezember.

Im Elberfelder Direktionsbezirk liegt auch heute der gesamte Personen- und Güterverkehr still. Wenn auch die Beamten und selbst Teile der Arbeiterschaft eine Beteiligung an dem Streik abgelehnt haben, sind sie doch durch Drohung der Streikenden zur Passivität verurteilt. Es verkehren nur noch ganz wenige Züge von und nach dem besetzten Gebiete. Innerhalb des unbesetzten Gebietes weisen sie fast gar keine Fahrgäste auf, da niemand sicher ist, ob und wann er wieder zu seinem Ausgangsort zurückgelangen kann.

Die Folgen des Eisenbahnerstreiks im Direktionsbezirk Elberfeld machten sich in Köln dadurch bemerkbar, daß die über Elberfeld fälligen Züge nicht eingetroffen sind. Das Eisenbahnpersonal des Bezirks Köln schließt sich dem Streik an. Die von Köln nach dem Osten abgehenden Züge werden sämtlich fahrplanmäßig abgefertigt, aber zum Teil umgeleitet.

TU. **Berlin**, 29. Dezember.

Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, wird das Reichsverkehrsministerium versuchen, einen, wenn auch beschränkten Personenverkehr in den bestreikten Direktionen einzurichten. Man glaubt, daß die Durchführung des Verkehrs möglich sein wird, wenn nicht von den Ausständigen Sabotage verübt wird.

Die Interalliierte Kommission hat die Streikleitung ersucht, ihre Transporte restlos auszuführen, was ihr von der Streikleitung zugestanden worden ist.

Die Haltung in anderen Bezirken

In den maßgebenden Eisenbahnerorganisationen in Berlin wird die Lage durchweg als recht ernst betrachtet. Besonders die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter, die trotz des jüngst erfolgten Austrittes der Oberbeamten die Mehrzahl der Eisenbahnbeamten in sich vereinigt, wollte gestern folgenschwere Entscheidungen treffen. Zunächst wolle man noch die am Vormittag begonnenen Besprechungen im Reichsverkehrsministerium abwarten, um dann in einer Sitzung des Vorstandes sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Haltung die Eisenbahnbeamten einnehmen sollen, wenn der Streik nicht auf den Elberfelder Direktionsbezirk beschränkt bleibt, sondern etwa auch an anderen Stellen, wie man befürchtet, aufflammt. Der Allgemeine Eisenbahnerverband hat seine Unterbezirke angewiesen, lediglich den Weisungen der Berliner Zentrale zu folgen und keinesfalls sich den örtlichen Aktionen des Deutschen Eisenbahnerverbandes anzuschließen.

Wie die „B. Z." meldet, begaben sich die Vorstandsmitglieder des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes gestern früh zum Verkehrsministerium, um eine Beilegung der bestehenden Differenzen zu versuchen. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes trat heute früh zu einer Sitzung zusammen. Für den Abend ist eine Versammlung der Funktionäre, der zentralen Obleute und der Bevollmächtigten des Deutschen Eisenbahnerverbandes Groß-Berlins einberufen worden, um zu den Ereignissen im Streik- oder Sperrgebiet Stellung zu nehmen und durch einen Beschluß die Haltung der Großberliner Eisenbahner festzulegen.

Aus Bayern wird berichtet, daß die drei Organisationen des Verkehrspersonals dem im Industriegebiete ausgebrochenen Streik nicht beitreten werden.

(Siehe auch „Oertlichen Teil".)

Deutschland darf für Frankreich arbeiten!

Paris, 29. Dezember.

Ueber den Zweck der morgen beginnenden Beratungen alliierter Sachverständiger aus Handel, Industrie und Finanzen schreibt der „Matin", es handle sich um die Schaffung eines Konsortiums zur Wiederaufrichtung des Handels in Rußland. Es sei ein rein privates Unternehmen. Die Regierungen würden sich begnügen, das Unternehmen zu ermutigen und zu kontrollieren; es würden aber keine Staatsgelder dafür aufgewendet werden. Die Amerikaner sollen aufgefordert werden, an dem Unternehmen, das sich nicht allein auf Rußland beschränken, sondern alle Fragen bearbeiten werde, die Mitteleuropa betreffen, teilzunehmen. **Auch den Deutschen werde die Beteiligung gleich den andern Großstaaten angeboten werden, jedoch unter der Bedingung, daß die Hälfte des deutschen Nutzens zu Reparationszahlungen verwendet werde.** Diese Konferenz, dies Konsortium mit Privatkapital habe nichts zu tun mit der internationalen Konferenz zur Gesundung der Wechselkurse, die Anfang Februar vermutlich in Genf zusammentreten werde. An dieser Konferenz werde jedenfalls auch Rußland teilnehmen.

Die Blätter melden zu dem Vorschlage, eine Wirtschaftskonferenz auf die Reparationskonferenz folgen zu lassen und Deutschland und Sowjet-Rußland zur Teilnahme einzuladen, es sei sicher der Wunsch und die Absicht Englands, eine allgemeine Konferenz über Wirtschaftsfragen abzuhalten. Die Vorbesprechungen mit den französischen Ministern und die Einladung der Handels- und Finanzsachverständigen seien Schritte in dieser Richtung; der Erfolg werde jedoch von den Beschlüssen des Obersten Rates abhängen.

Laut „Evening Standard" hat sich Rußland dem Standpunkt der Alliierten allmählich genähert. Es bestehe die Möglichkeit, daß die Konferenz in Cannes zu einer Annäherung der Sowjetregierung sowohl an die Alliierten, als auch an die Vereinigten Staaten führen werde. „Manchester Guardian" gibt in einem Leitartikel der Meinung Ausdruck, daß die Meldung über eine bevorstehende Einladung an Tschitscherin und Litwinoff, nach London zu kommen, höchstens verfrüht sei. Rußland und Deutschland, sagt das Blatt, halten die Schlüssel zu dem wirtschaftlichen Durcheinander in Europa in Händen und Rußland nach Ansicht vieler Leute den Hauptschlüssel. „Pall Mall and Globe" schreibt, England hätte Rußland als Kunden nötig und Leistche nicht darauf, daß sein Kunde zugleich mit den Aufträgen auch ein Leumundszeugnis beibringe. Wenn die amtlichen Beziehungen zu Rußland nicht bald wiederhergestellt würden, würde Deutschland das russische Wirtschaftsleben sofort mit seinem eigenen verquicken, den russischen Handel von sich abhängig machen, England einen Kunden wegnehmen und sich ein Monopol auf die russischen Rohstoffe sichern.

Demgegenüber hält das „Journal des Debats" daran fest, es könne nach Auskunft aus diplomatischen und offiziellen Kreisen bestätigen, daß keine Konferenz zwischen Lloyd George und Briand mit Tschitscherin und Litwinow geplant sei. Vielleicht seien Verhandlungen allgemeiner Art, die die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens in Rußland zum Ziele haben, ins Auge gefaßt worden. An unmittelbare Verhandlungen mit der Sowjet-Regierung werde dabei nicht gedacht werden, bevor alle finanziellen und politischen Garantien sichergestellt seien, die die Grundlage jeder Erörterung bilden müßten.

Danzigs Zollunion mit Polen

Aus Danzig wird geschrieben:

Die Danzig-polnische Zollunion, die Folge des Abkommens vom Oktober, soll am 1. Januar 1922 in Kraft treten. Sah man diesem Zeitpunkte im Freistaat ohnehin mit großer Sorge entgegen, so ist sie inzwischen noch durch einen unvorhergesehenen Vorgang außerordentlich verschärft: Das Steigen der polnischen Mark im Verhältnis zur deutschen um etwa das Dreifache. Nachdem die polnische Mark den Tiefstand von rund 2 : 100 erreicht hatte, erhöhte die Warschauer Regierung den Goldzuschlag auf die tarifmäßigen, an sich sehr hohen Schutz- und Finanzzölle von 14 900 Prozent auf 39 900 Prozent und für Luxuswaren gar von 19 900 auf 79 900 Prozent. Obwohl die polnische Mark nun so erheblich in die Höhe geschnellt ist, hat Polen den Goldzuschlag nicht, wie es folgerichtig wäre, ermäßigt. Daraus ergibt sich eine ganz ungeheuerliche Verteuerung der eingeführten Waren vom Beginn der Zollunion ab. Engaben verschiedener Danziger Handelszweige an den Senat boten dafür erschreckende Beispiele, bei denen die polnische Mark mit 7 als Durchschnittssatz gerechnet wurde. Auf ein paar gewöhnliche Schaftstiefel, wie sie die Arbeiter benötigen, kamen 256 deutsche Mark Zoll. Der gegenwärtige Verkaufspreis ist wenig höher; ein Meter wollener Kostümstoff zum derzeitigen Verkaufspreise von 125 Mark hätte 116,55 Mark, ein einfacher baumwollener Schirm zum heutigen Verkaufspreise von 75 Mark 78 Mark und ein garnierter Damenhut zum Verkaufspreise von etwa 300 M. — gewiß kein Luxus — 4760 Mark Zoll zu tragen. Ein fertiger wollener Wintermantel, der vor kurzem 650 Mark kostete, würde mit einem Zoll von 1087 Mark, ein wollener Rock zum bisherigen Preise von 150 Mark mit 262 Mark und ein baumwollener Jackettanzug von 700 Mark mit 1948 (immer deutsche) Mark Zoll belegt werden. Der Zoll [illegible] nische Mark, für Toilette- und medizinische Seifen 160 000 polnische Mark, für seidene Gewebe 320 000, verzierte Porzellangegenstände 400 000 polnische Mark, für seidene und halbseidene Regen- und Sonnenschirme je Stück 8000 polnische Mark. Das ergibt auch in deutscher Mark, nach dem jeweiligen Tageskurs umgerechnet, erdrückende Summen; derartig hohe Zölle unterbinden den deutschen Export überhaupt. Und das ist im wesentlichen die polnische Absicht. Der Danziger Konsument aber trägt nächst dem Handel die Kosten; denn Qualitätswaren, wie der Deutsche sie zu tragen gewohnt ist, sind in polnischer Fabrikation für den Durchschnittsträger unerschwinglich. So kosten in Polen ein Paar Herrenstiefel 12 000 bis 14 000, Damenstiefel 11 000 bis 15 000 polnische Mark. Das können Arbeiter und Mittelstand nicht aufbringen und in den Eingaben der Danziger Interessenten war mit Recht gesagt: „Müssen die polnischen Zölle in der genannten Höhe gezahlt werden, so bedeutet dies die Vernichtung des Danziger Klein- und Großhandels, und es bedeutet das Ende Danzigs als wichtigster und konkurrenzfähiger Handelsplatz."

Selbstverständlich setzte gegen diese drohende Erdrosselung des Danziger Wirtschaftslebens, in den Industrie- und Handelskreisen eine lebhafte Abwehrbewegung ein. Eine Versammlung aller Stände vom Großimporteur bis zum Arbeiter im Riesensaal der Stadthalle, Danzigs umfangreichstem Raum, nahm, wie schon telegraphisch kurz berichtet, entschieden gegen die Erhebung derartiger Zölle Stellung. Es wird Hinausschiebung des Beginnes der Zollunion und grundlegende Abänderung der erorbitanten Zollsätze verlangt. In der Forderung sind sich die Bürger aller Richtungen von der äußersten Rechten bis zur radikalsten Linken einig. Das bewies die Beratung des Danzig-polnischen Abkommens im Volkstag, dem Freistaatparlament. Der Sprecher der Deutschnationalen bemerkte treffend: „Das Ziel des Abkommens ist, die wirtschaftlichen Beziehungen Danzigs zu Deutschland abzuwürgen." Und der Kommunistenführer äußerte sich nicht minder scharf: die Annahme des Vertrages mit dem gegenwärtigen Zolltarif würde Danzig an den Abgrund führen. Ob das Abkommen unter diesen Umständen vom Danziger Volkstag ratifiziert wird, wie es der polnische Sejm bereits getan hat, bleibt noch zweifelhaft. Die Linke lehnt es glatt ab, und der Bürgerblock sucht im Hauptausschuß nach einem Ausweg, um nicht durch die Verwerfung des Abkommens die Regierung, die es abgeschlossen hat, zu diskreditieren.

Die Regierung selbst erklärte die hohen Goldzuschläge für unannehmbar. Bei einer Pressebesprechung teilte der Danziger Wirtschaftssenator Jewelowski mit, wie vertragswidrig Polen in der Angelegenheit vorgegangen ist. Beim Abschluß des Wirtschaftsabkommens, als die Polenmark am tiefsten stand, betrug der Zollmultiplikator 150 für gewöhnliche Waren und 200 für Luxuswaren. Ernst nach Unterzeichnung des Abkommens erhöhte die polnische Regierung den Multiplikator auf 400 und 800. Entgegen den getroffenen Vereinbarungen wurde Danzig vorher nicht gehört. Vielmehr hat Polen dazu noch mehrere Positionen des Zolltarifs bedeutend erhöht. Die Freistaatsregierung legte Beschwerde ein und will, falls die Zollaufschläge nicht wieder heruntergesetzt werden, die willkürlich gesteigerten polnischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112301-14/fragment/page=0001

Zollsätze nicht erhöhen, sondern vom 1. Januar ab die deutschen Zollsätze weiter anwenden. Die Entscheidung würde dann der Völkerbund zu treffen haben; und zu besonderem Vertrauen auf sein Gerechtigkeitsgefühl hat man leider keine Ursache.

Der diplomatische Vertreter Polens für Danzig, Plucinski, erklärte nach einer Reise nach Warschau, die Frage der Zollerleichterungen dürfe nach polnischer Ansicht nicht mit der Ratifikation verknüpft werden. Lehne der Danziger Volkstag die Ratifikation ab, so werde Polen dem Vertrage durch den Völkerbundsrat Rechtskraft verleihen lassen. Es glaubt sich also seiner Ententefreunde sicher. Solange Danzig die Ratifikation verweigere, drohte Plucinski weiter, würde Polen die Belieferung des Freistaates mit Lebensmitteln, auf die es angewiesen ist, einstellen. Polnische Erpressung in ungeschminkter Form. Es sind saubere Genossen, mit denen sich Danzig demnächst wirtschaftlich verbinden soll. Erleichterungen durch Ausnahmen vom polnischen Zolltarif für Danzig hat Plucinski zwar in Aussicht gestellt, doch sollen sie nur für drei Monate gelten. Der Freihafen erhielte damit lediglich eine Henkersfrist, um hierauf desto erbarmungsloser wirtschaftlich stranguliert zu werden. Wie wenig sich Polen tatsächlich um Danzigs Not und Einwände kümmert, beweist eine soeben bekannt gewordene neue Verordnung des polnischen Handelsministeriums. Es erhöht den Goldzuschlag auf die Zölle, der bisher 39 900 Prozent betrug, vom 24. Dezember ab auf 49 900 Prozent. Der Multiplikator von zuvor 400 wird damit auf 500 hinaufgesetzt. Nur der Multiplikator auf Luxuswaren bleibt „bis auf weiteres" unverändert. Das ist wie ein Schlag ins Gesicht von Danzigs Handel und Industrie, deren Protest sich sogar die Danziger polnische Kaufmannschaft angeschlossen hatte.

Danzig sieht schweren Zeiten entgegen. Das erkennen die Deutschen des Freistaates auf der ganzen Linie. Bezeichnenderweise war es ein Abgeordneter auf der Linken des Volkstages, der für die Lage das zutreffende Bild fand: Bei dem Wirtschaftsabkommen mit Polen ist Danzig die Rolle einer Maus zugefallen, mit der die Katze spielt, um sie schließlich doch zu verschlingen.

Polnische Wirtschaft zur See

Durch das Schanddiktat von Versailles wurde der „Siegerstaat", Polen den seefahrenden Völkern eingereiht. Weshalb, wird wohl Lloyd George wissen. Sympathie und das Verlangen nach einem neuen Wettbewerber in der Seeschiffahrt werden wohl kaum die Triebfedern gewesen sein. Bekannt ist ja noch, mit welch theatralischer Geste das edle Polenvolk vom Meere „Besitz ergriff". Ein seefahrendes Volk aber kann man nicht künstlich schaffen (nicht wahr, Herr Lloyd George?); um das zu werden, bedarf es zäher und fleißiger Arbeit und rastlosen Schaffens vieler Generationen. Auch Polen wird trotz allen kühnen Ansturmes und trotz seiner Rosse Schnauben bei der Besitzergreifung des „freien polnischen Meeres" nicht von heute auf morgen ein Seevolk werden. Im Gegenteil! Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf diesem Gebiete — wie auf so vielen anderen — große Enttäuschungen erleben. Die erste ist schon da.

Von Amerika kommt nämlich soeben die Kunde, daß die Polish Navigation Compagny wegen einer Forderung von 1000 (!) Dollar unter Zwangsverwaltung gestellt ist, nachdem bereits vorher die Polish Navigation Corporation zusammengebrochen war.

Die erstgenannte Reederei besitzt zwei größere Dampfer, „Newyork" und „Joseph Pilsudski". Während dieser noch immer auf der früheren Kieler Reichswerft, den jetzigen deutschen Werken, liegt und seiner endgültigen Fertigstellung oder vielmehr Ablieferung harrt — er sollte bereits im Mai und dann im September d. J. seine regelmäßigen Fahrten aufnehmen —, dürfte der zweite Dampfer inzwischen an die Kette gelegt sein. Beide Dampfer haben mit nicht unbeträchtlichen Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen. Gegen den mehr als 20 Jahre alten Dampfer „Newyork" liegen eingeklagte Forderungen von ca. 100 000 Dollar vor, nach dem jetzigen Kursstande also in der bescheidenen Höhe von 90 Millionen polnischen Mark. Natürlich kann der veraltete Dampfer, der außerdem ein Musterbeispiel eines unrentabelen Fahrzeuges ist, diese Summe bei einem Zwangsverkaufe nicht bringen.

Die bereits vorher verkrachte Polish Navigation Corporation besitzt fünf größere Dampfer von 5650—11 250 Tonnen Tragfähigkeit, die nach dem letzten Geschäftsabschlusse mit 7½ Millionen Dollar zu Buche standen. Da auf das Geschäftskapital nur 2¼ Millionen Dollar eingezahlt sind, weisen diese Dampfer eine starke hypothekarische Belastung auf.

Beide Linien sollten hauptsächlich dem Verkehre zwischen Danzig und Nordamerika unter amerikanischer Flagge dienen und waren als Konkurrenzlinien gegen die deutschen Linien gedacht. Nun haben also die Polen auf dem Gebiete des Seewesens einen Reinfall erlebt, der keineswegs überraschend kommt. Ja, ja, es ist zweierlei: operettenhafte Besitzergreifung von dem „freien polnischen Meere" und zähe, ernste Arbeit und Ausdauer. Das Meer und die Seeschiffahrt vertragen eben keine polnische Wirtschaft! O. K.

Polnische Absichten auf Masuren

Wie dem „Ostdeutschen Heimatdienst" aus Warschau gemeldet wird, hat der bekannte Generalsuperintendent Bursche, der infolge des Versagens seiner Propaganda unter den evangelischen Masuren bei den polnischen Regierungsstellen nach der Abstimmung in Ostpreußen in Ungnade gefallen war, deren volles Vertrauen wiedererlangt. Er hat den Auftrag übernommen, die Masuren den polnischen Wünschen geneigter zu machen und bei ihnen das Verlangen nach Anschluß an Polen wachzurufen.

Als sein Beauftragter wirkt in Soldau Pastor Ludwig, der während der Abstimmung als Burches Agent in Masuren weilte und in seinem Auftrage den einheimischen Pfarren — erfolglos — die verlockendsten Anerbietungen machte. Ludwig leitet das neue polnisch-evangelische Lehrerseminar in Soldau, dessen Zöglinge man mit polnischem Geiste durchtränkt, um durch sie eine vollständige Polonisierung des Schulwesens im Soldauer Gebiet zu erreichen. Um das Kirchenwesen in seine Hand zu bekommen, beabsichtigt Bursche, junge Masuren auf die von ihm geschaffene polnisch-evangelische Fakultät der Warschauer Universität zu locken, wo sie freies Studium und freien Unterhalt erhalten sollen, wenn sie sich verpflichten, später in seinem Sinne tätig zu sein. Selbst von Studenten der Königsberger Universität sollen solche Anerbieten gemacht werden. Ludwigs Mission besteht auch noch darin, Fühlung mit den masurischen landeskirchlichen Gemeinschaften und den ostpreußischen Gebetsvereinen zu suchen. Speine und Burches Sendlinge sollen sich ihnen in der Maske von Gleichgesinnten nähern und sie unvermerkt für Burches Pläne gewinnen. Um in Polen Aufmerksamkeit für die „unerlösten Brüder" in Masuren zu wecken, sollen die Pfarrer ersucht werden, sonntäglich im Kirchengebet für die Befreiung der Masuren vom „preußischen Joche" zu beten. Die englische „Germemissierung der Kirche" soll unablässig zum Gegenstande von Erörterungen gemacht werden.

Verlegenheitsgestammel

Die Enthüllungen Eberleins über das segensreiche Wirken des Roten Soldatenbundes haben offenbar das Innere der „Vorwärts"- und „Freiheits"-Politiker derart in Unordnung gebracht, daß das Herz die ihm von Natur zugewiesene Stelle verließ und in tiefer gelegene Regionen abwanderte. Zunächst hatten die beiden edlen Organe „überhaupt noch nicht gemerkt", welche interessanten Dinge der kommunistische Führer über die sozialistische Propagandatätigkeit während des Krieges auszuplaudern wußte, und sie mußten erst von der Rechtspresse erheblich gekitzelt werden, ehe sie mit stammelnden Lippen und krampfhaftem Witz die Eberleinschen Mitteilungen ins Lächerliche zu ziehen versuchen. D. h. eigentlich nur der „Vorwärts", die „Freiheit" dagegen setzt sich mit heroischer Miene in den Schmollwinkel und meint, das Bild ihrer Partei aus der Kriegs- und Nachkriegszeit sei so scharf umrissen, daß sie keine Lust verspüre, sich deswegen noch einmal mit der Rechtspresse auseinanderzusetzen. Unzweifelhaft treffen die Feststellungen des unabhängigen Organs zu, denn über die Rolle dieser Partei während des Ringens des deutschen Volkes mit der Entente besteht in Deutschland kaum noch eine Unklarheit; bemerkenswert aber ist die Tatsache, daß jetzt endlich einmal jeder Versuch des Ableugnens unterlassen wird, so daß auf diese Weise das Bild über den Ausgang des Krieges eine erfreuliche Abrundung erfährt. Anders der „Vorwärts", dessen Stirn anscheinend eine noch viel dauerhaftere Betonierung als die seines Genossen von der Linken aufweist. Mit überlegener Miene gibt er seinem „Erstaunen" darüber Ausdruck, daß die Rechtspresse die Mitteilung Eberleins als etwas Neues ansehen könne. Das wären doch alles „alte Kameellen", über die die Akten längst geschlossen seien. Wir danken dem Blatt verbindlichst für dieses Eingeständnis, das uns in seinen Spalten leider bisher noch nicht begegnet ist, finden aber den logischen Sprung von dem erwähnten Zugeständnis bis zu einer etwas merkwürdigen Charakterisierung der Bedeutung des Roten Soldatenbundes ein wenig akrobatenhaft. Das Blatt meint nämlich, „im Verhältnis zu den großen Kräften, die bei dem Weltkrieg im Spiele waren, sei der Rote Soldatenbund noch nicht einmal eine Mücke gewesen". Uns scheint, der „Vorwärts" unterschätzt da die Wirkung solcher Mückenstiche denn doch erheblich. Im Jahre 1918 haben sie nämlich das Blut des deutschen Volkes derart infiziert, daß wir zu einem 9. November kamen, an den sich wohl nur wenige Menschen in Deutschland mit besonderer Freude erinnern. Wir raten daher dem Blatt, sich künftig mit einem recht festen Mückenschleier zu versehen, damit die bolschewistische Mücke nicht gelegentlich bei ihm selbst eine Beweisführung für die „Harmlosigkeit" ihrer Angriffswerkzeuge versucht.

Strömungen in der Deutschen Volkspartei

Die „Kölnische Zeitung" beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Monitum, das die „Nationalliberale Korrespondenz" Frau von Oheimb wegen des in der „Vossischen Zeitung" erschienenen Artikels „Der Ratgeber des Kaisers" erteilt hat. Sie schreibt: „Wenn Frau von Oheimb die Meinung zu vertreten scheint, die Presse habe aus politischen Gründen die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Hindenburg und dem Kaiser unterlassen sollen, so verkennt sie die Aufgabe der Presse. Wenn sie aber fragt, weshalb der Kaiser im Jahre 1918 dem Rate Hindenburgs und seiner Umgebung folgte und nach Holland geflüchtet sei, statt aus eigener Kraft einen Entschluß zu fassen, der der 500jährigen Tradition der Hohenzollern und der nationalen Empfindung des ganzen Volkes entsprochen hätte, so hat sie recht und wird bis in die Reihen der Deutschnationalen hinein Zustimmung finden."

Was die Verfasserin zum Schluß schreibe von dem, was uns not tue, sei so echt volksparteilich, daß es heuer in der Aera der großen Koalition als Motto an der Spitze der Nationalliberalen Korrespondenz prangen sollte. Es sei ungeheuerlich, daß die amtliche Parteikorrespondenz derartiges abzuschlitteln wagen dürfe, ohne daß sich die Reichstagsfraktion oder die Parteileitung alsbald dagegen auflehnen. Das erkläre sich wohl daraus, daß die Leute, die in der Partei deutschnationale (!) Filial-Politik trieben und sich in Stuttgart Stresemann nicht zu stellen wagten, bei der „Nationalliberalen Korrespondenz" einen Stein im Brett und das Vorrecht haben, ihren Fraktionsgenossen an den Wagen zu fahren.

Reichsfinanzminister und Beamten werden verhandeln

Die in der Presse verbreitete Behauptung, der Reichsfinanzminister habe in einem vom 18. Dezember datierten Schreiben an den Deutschen Beamtenbund jegliche Verhandlungen über eine Erhöhung der Dienstbezüge abgelehnt, ist durchaus unzutreffend. Lediglich die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes und der Spitzenverbände vom 8. Dezember, die einen Mehraufwand von 50 000—80 000 Mark jährlich bedeuten, sind als unannehmbar bezeichnet und eine Verhandlung auf dieser Grundlage abgelehnt worden. Dagegen hat sich der Reichsfinanzminister, wie es wörtlich in dem Schreiben heißt, bereiterklärt, geeignete Vorschläge als Grundlage der Verhandlungen entgegenzunehmen.

„Der Medderkoog"

50 **Schleswig-Holsteinscher Roman**

von

Henriette von Meerheimb (Margarete Gräfin von Bünau)

„Was soll ich beenden?" Sie wußte zwar ganz genau, worauf er anspielte, aber es machte ihr Spaß, den Augenblick, in dem seine Leidenschaft alle Dämme durchbrechen mußte, ein wenig hinauszuschieben. Obgleich sie im stillen längst entschlossen war, das lose Band, das sie noch an Christian Reventlow fesselte, zu zerschneiden und Torp zu erhören. Seit Monaten redete ihr Vater ihr zu diesem Entschlusse zu; und ihr selbst graute bei dem Gedanken, die ganze Zerrerei, den Streit, die Enttäuschungen, die ihre Verlobung nach sich gezogen hatte, nochmals zu durchleben. Lösen ließen sich die Konflikte doch nicht, nur durchschneiden. In ihrer Brust saß zwar ein kleines, bitteres Wort, sie glaubte die Stelle zu fühlen — „Vorbei!"

„Weißt mein Bräutigam, daß Sie hierher gereist sind?" fragte sie endlich. „Trug er Ihnen keine Grüße für mich auf?"

„Nein."

„Sehr ungalant."

Torp faßte die Hand des jungen Mädchens, die wieder in halb unbewußtem Spiel die feine Goldkette durch die Finger gleiten ließ. „Karin — Sie sind frei. Seien Sie endlich mein!" bat er.

Sie versuchte ihre Finger fortzuziehen, aber er hielt sie fest. Mit einem leisen Schauer, halb Grauen, halb Wonne, merkte sie, wie vergeblich es für ihre schwache Kraft sei, sich dem Druck dieser stahlkräftigen Männerhand zu entziehen. Die hielt eisern fest, was sie einmal ergriffen hatte.

„Noch bin ich nicht frei!" flüsterte sie zurück. „Christian würde unglücklich sein! Was soll werden, wenn er hierher kommt?"

„Er kommt nicht wieder."

„Nein? Will er in Schleswig bei seinem Vater bleiben?" Sie atmete erleichtert auf. „Nimmt er seinen Abschied?"

„Er ist auf dem Medderkoog und dort bleibt er auch!" Ein Frösteln überlief Torp bei seinen eigenen Worten. Er sah wieder das unergründliche schwarze Moor im Mondschein glänzen, hörte das Glucksen des Wassers unter den Hufen der Pferde. In Gedanken verloren starrte er vor sich hin.

Der düstere Ausdruck seines Gesichts erregte Karins Mißtrauen. „Warum schreibt Christian mir nicht selbst seine Entschlüsse? Hat er Sie beauftragt, mich davon zu unterrichten?"

„Nein — aber ich hielt es für besser, Ihnen selbst die Wahrheit zu sagen . . . Christian Reventlow ist tot."

Mit einem Ruck riß Karin sich los und erhob, als wenn sie einen Schlag abwehren müsse, ihre beiden mit Ringen geschmückten Hände gegen ihn.

„Er ist tot!" wiederholte Torp.

„Haben Sie ihn getötet?" Karin sprach ganz leise.

Er schüttelte den Kopf.

„Antworten Sie mir!" schrie Karin auf. „Wie ist er gestorben? Hatten Sie Streit mit ihm? Duellierten Sie sich meinetwegen?"

„Nein."

„Aber wann starb er denn? Er war ja gar nicht verwundet worden! Foltern Sie mich doch nicht länger!"

„Sie sollen die Wahrheit hören. Er starb einen entsetzlichen Tod. Er ist im Moor beim Medderkoog versunken und erstickt."

„Im Moor? Hatte er sich verirrt? Das ist doch unmöglich, er kannte ja jedes Loch, jede tiefe Stelle genau!"

„Fragen Sie nicht weiter. Lassen Sie es genug damit sein. Er ist tot und kreuzt Ihren Weg nicht mehr."

Karin preßte beide Hände fest aufs Herz. „Ich will, ich muß alles wissen. Wie kam er ins Moor? Was hatte er da zu tun? War er allein? Konnte ihm niemand helfen? Haben Sie es nicht wenigstens versucht?"

Ein böser Blick glühte in Torps Augen auf. „Ein hämisches Sprichwort paßt auf seinen Tod," sagte er. „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Ich glaube, daß Christian Reventlow mich in dem tiefen Morast seiner Heimat zugrunde gehen lassen wollte. Er führte mich und einige Husaren unserer Schwadron den abgekürzten Weg von Johannisberg zurück übers Moor. Wir beide ritten voran und gerieten in den Sumpf. Er ertrank — ich konnte mich mit knapper Not retten. — Wäre es Ihnen umgekehrt lieber gewesen, Gräfin Karin?"

Sie antwortete nur mit einer Gegenfrage. „Er war eifersüchtig auf Sie — nicht wahr?"

„Ja," antwortete Torp einfach.

„Also sind wir doch schuld an seinem Tode — Sie und ich!" Karin legte beide Arme auf die Lehne und vergrub den Kopf in den Atlaskissen. Ein heftiges Schluchzen schüttelte sie wie ein Krampf.

Lange Zeit hörte man nichts in dem stillen Zimmer als das leise Knistern der Wachskerzen auf dem Kronleuchter und Karins tiefes Schluchzen.

„Jetzt ist's genug!" sagte Torp endlich. „Hören Sie auf zu weinen. Selbst Ihre Tränen gönne ich dem Toten nicht. Ihre Klagen nützen niemand."

Sie hob den Kopf und sah ihn mit ihren schönen, verweinten Augen groß an. „Nicht einmal weinen soll ich um den, an dessen Tod ich mich mitschuldig fühle?"

„Weder Sie noch ich sind schuld an diesem Tode. Er selbst hat sich gerichtet. Im Kumpf ist er erstickt — im heimischen Moor. Er kam eben nie von seiner Scholle los, immer schwankend, zaudernd, nie ein Ganzer, immer ein Halber in allen Gefühlen, Entschlüssen und Handlungen! Solche Menschen werden nie Herr über ihr Schicksal, sondern lassen sich davon niederziehen und erdrücken."

„Wir hart und unbarmherzig Sie sind! Grausam und ungerecht klingt das!"

„Soll ich dem Mann vielleicht noch einen gerührten Nachruf widmen, der mich um Jahre des Glücks brachte und schließlich, weil er selbst keinen Ausweg für sich wußte, mich mit in seinen Untergang reißen wollte? — Hören Sie auf zu weinen, Karin. Sie sollen nicht mehr um ihn trauern. Ich verbiete es Ihnen."

Bei jei en harten Worten versiegten ihre Tränen unwillkürlich. Ein erschrockener, hilfloser Blick trat in ihre weitgeöffneten Augen.

Torp warf sich auf die Knie vor ihr nieder und legte beide Arme um ihre zurückbebende Gestalt. „Mein bist du!" Er preßte glühende Küsse auf ihr tränenloses Gesicht. „Jede Träne will ich fortrinken, jeden Seufzer mit Küssen ersticken. Lange genug lag ich auf der Folter. Jetzt bin ich an der Grenze des Ertragens angekommen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112301-14/fragment/page=0002

Besatzungsdruck

Das schwerste Leid der Bewohner der besetzten Gebiete wird still getragen. Nur selten vernimmt die Oeffentlichkeit etwas von dem Druck und den Drangsalierungen, unter denen die Unglücklichen seufzen, die die Ehre haben, die Zwangseinquartierung von Angehörigen der grande armée über sich ergehen lassen zu müssen. Daß es nicht die schlechtesten Wohnungen sind, die von den Bureaux de logement oder den Einzelpersonen ausgesucht, beschlagnahmt und bezogen werden, versteht sich von selbst. Die Ansprüche der „Sieger" stehen im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Bildungsniveau, und die französischen Behörden geben auf Abmachungen nichts. Verheiratete Unteroffiziere sollen bestimmungsgemäß nur im äußersten Notfall außerhalb der Kasernen wohnen. Man wird vergebens nach einer Beachtung dieser Abmachung suchen, wie auch die Hoffnung der Rheinländer auf eine Besserung der Verhältnisse nach Errichtung der von den Städten mit Hilfe des Reiches erbauten Offiziers- und Unteroffizierswohnungen sich als trügerisch erwiesen hat. Denn bisher weigert man sich, wie zum Beispiel in Wiesbaden, die in Privatwohnungen einquartierten Offiziere und Unteroffiziere in die neuerbauten, längst bezugsfertigen Häuser umzuquartieren. Aber man weigert sich andererseits auch, diese neuen Häuser dem Wohnungsamt zur Linderung der Wohnungsnot zur Verfügung zu stellen. Dafür hat man französischerseits gefordert, daß gewisse deutsche Familien, deren „gute Beziehungen" zu den Franzosen bekannt sind, in diesen Offiziershäusern untergebracht werden sollen. Auch sonst ist es zur Gewohnheit geworden, daß die französische Behörde Wohnungen auch dann nicht dem Wohnungsamt frei gibt, wenn diese nicht bezogen sind, so daß einerseits die deutschen Wohnungsuchenden sich vergebens an die Wohnungsämter wenden müssen und andererseits Dutzende von Wohnungen in den Städten unbenutzt stehen, weil es den Franzosen gefällt, den deutschen Behörden ihre Macht zu zeigen.

Etwas mehr drang in die Oeffentlichkeit über die Anforderungen, die in bezug auf Kasernen, Uebungsplätze usw. in Orten gestellt werden, die niemals Garnison hatten und bei deren Namensnennung sich der Deutsche vergebens fragt, was ihre Belegung mit Truppen anders als eine Chikane bedeuten könnte. Das sollte in dieser Hinsicht hat man sich dieser Lage in Wörsdorf geleistet, wo man für ein überflüssigerweise dort untergebrachtes Bataillon einen Uebungsplatz von 80 Hektar gleich 320 preußischen Morgen forderte. Als die Landwirte in große Erregung über die beabsichtigte Wegnahme ihres Grund und Bodens gerieten, trat man sofort mit einem neuen Plan an die Oeffentlichkeit. Dieser geht dahin, von der Domäne Gassenbach diese 320 Morgen zu requirieren. Die Domäne Gassenbach wird von der Stadt Frankfurt bewirtschaftet, die hier für ihre Krankenhäuser landwirtschaftliche Produkte zieht und durch die Bewirtschaftung des Gutes die Kranken und Säuglinge der Stadt mit frischer Milch versorgen kann. Würde der unerhörte Plan Tatsache werden und die Wegnahme von 320 Morgen von den 600 Morgen erfolgen, die im ganzen die Fläche des Gutes ausmachen, so wäre die Milchversorgung der Frankfurter Säuglinge und Krankenanstalten völlig in Frage gestellt.

Doch fragt man bei den Behörden der französischen Nation nicht viel nach dem Gesundheitszustand und dem Wohlbefinden der Bewohner des besetzten Gebietes. Das erfahren besonders jene Aermsten, die in ihren möblierten Wohnungen Einquartierung erhalten. Sie werden rücksichtslos aus den Zimmern vertrieben, die Küche wird ihnen genommen, und es kommt hundertfach vor, daß Familien von 3 bis 4 Personen auf 2 Zimmer angewiesen sind, in denen sie schlafen und kochen müssen, während eine ungebildete französische Beamten- oder Offiziersfamilie ohne Kinder mit der gewohnten Rücksichtslosigkeit in den übrigen 3 Zimmern haust. Das Schlimmste ist die in der letzten Zeit besonders häufig beobachtete Tatsache, daß die Offiziere Dirnen bei sich aufnehmen und verlangen, daß die Frauenzimmer als ihre Frau estimiert werden. Und ein Fall, der zurzeit in dem kleinen Ort Idstein i. T. die Bevölkerung erregt, ist nur wirsch für hunderte. Einem höheren Beamten waren dort durch einen französischen Stabsarzt 2 Zimmer einer 5 Zimmerwohnung beschlagnahmt worden. Selbstverständlich zog das Verhältnis mit ein. Da Idstein mit einem Bataillon belegt ist und diese Bataillone erfahrungsgemäß einen Offiziers- und Beamtenstab haben, der stärker als der Normalstat eines Regiments ist (die Deutschen bezahlen ja!), herrscht in dem kleinen Ort eine derartige Wohnungsnot, daß ein dorthin versetzter jüngerer Kollege des Beamten mit seiner Frau nur im Gasthof Unterkunft finden konnte. Der Beamte erklärte sich bereit, dem Ehepaar das dritte Zimmer von seiner Wohnung abzugeben. Kaum vernahm dies der französische Stabsarzt, als er auch dieses Zimmer, das ihm rechtmäßig garnicht zusteht, beschlagnahmte und noch ein Frauenzimmer bei sich aufnahm.

Man kann sich die Erregung in den deutschen Familien, besonders denjenigen mit erwachsenen Töchtern, über diese unerhörten Zustände denken, zumal keine Familie sicher ist, daß ihr nicht infolge von Denunziationen oder anderen Freundlichkeiten ein ähnliches Glück blüht. Reklamationen haben gemeinhin nur die Wirkung, daß die Wohnung geräumt, aber mit einer noch ungebildeteren Unteroffiziers- oder Unterbeamtenfamilie belegt wird, die sich darin austoben darf.

Es erscheint dringend nötig, die ungeheure Zahl dieser Fälle zu sammeln, eine Aufstellung der beschlagnahmten Wohnungen, der leerstehenden, aber nicht freigegebenen Wohnungen und ferner eine vergleichende Zusammenstellung der Anzahl der Offiziere und Beamten im Verhältnis zu der Truppenstärke zu machen und dieses Werk im In- und Auslande zu verbreiten, damit die Aufführung der Zwingherren am Rhein in der Welt bekannt wird. Die so festgestellten Tatsachen werden im Verein mit dem Wirken der farbigen Truppen ein liebliches Bild von der „Kulturtätigkeit" der grande nation am deutschen Rheine geben.

Den Balken im eigenen Auge vergaß der „Vorwärts". Sonst hätte er sicherlich über die offenkundige Geistesumnachtung Oltwigs v. Hirschfeld nicht geschrieben: „Die Deutschnationalen haben mit ihren großen Männern ausgesprochenes Pech. Nachdem die „starken Männer" des Kapp-Putsches durch den Jagow-Prozeß als feige Hemdwürste entlarvt worden sind, stellt sich der „Heldenjünglina" Oltwig von Hirschfeld als ein an der Grenze des Irrsinns wandelnder Geistesschwacher heraus. Und diese Menschen hat man nun als Vorbilder der „geistigen Erneuerung" des deutschen Volkes gepriesen!" — Der „Vorwärts" scheint die Ausreißer vom 13. März 1920 und Ausrufer des Generalstreiks, die, obwohl das Volk (Genossen) am 9. November 1918 „auf der ganzen Linie gesiegt" hatte, so hurtig das Hafenpanier über Dresden nach Stuttgart ergriffen, für ausgemachte Helden zu halten. Vor allem hat er aber ganz vergessen, was sein Schriftsteller Friedrich Stampfer Ende Oktober 1916 über den Mörder des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh schrieb: „Friedrich Adler war irrsinnig, als er die entsetzliche Tat beging. Kein Mensch, der ihn, der seine Familie kennt, kann einen Augenblick daran zweifeln. Heute muß vor aller Welt ausgesprochen werden, was seit Jahrzehnten tief verschwiegene Tragödie der Familie Adler war: nicht zum erstenmal hat diesmal die grausamste aller Krankheiten in diesem unglücklichen Hause ein Opfer gefordert!" — Merkwürdig ist nur, daß der irrsinnige Friedrich Adler in der sozialistischen Revolutionsregierung Deutschösterreichs Staatssekretär wurde und noch heute zu den Führern der Sozialdemokratie gehört. Es wäre doch zu erwarten gewesen, daß der „Vorwärts" im Falle Hirschfeld nicht anders urteilte als im Falle Adler. Freilich geht nichts über sozialistische Ehrlichkeit.

Halle und Umgebung

Halle, 30. Dezember.

Doch Eisenbahnerstreik im Bezirk Halle?

Als wir in der vergangenen Woche darauf hinwiesen, daß die Halleschen Eisenbahner wieder mit dem Streik drohen, haben die sozialistischen Zeitungen das so stark in Abrede gestellt und zu verwischen gesucht, daß man es als Bestätigung für die Richtigkeit unserer Behauptung nehmen konnte. Nun gibt die „Freiheit" selber zu, daß im Bezirk Halle die Lage als außerordentlich kritisch bezeichnet werden muß. Ebenso kritisch wird von ihr die Lage in den Bezirken Breslau, Kassel, Frankfurt a. M. bezeichnet. In allen diesen Bezirken fänden Versammlungen statt, in denen über die Frage des Eintritts in den Streik beschlossen werden soll.

Das Ende der Halleschen Jugendgerichtsbewegung

Als Amtsgerichtsrat Köhne 1905 an die juristische Gesellschaft in Berlin mit dem Vorschlage herantrat, im Rahmen des geltenden Rechtes Jugendgerichtshöfen einzurichten, wurde demselben nicht entsprochen, der Vorschlag mutete zu fremdartig an. Trotzdem griff der Gedanke der Jugendgerichtsarbeit, Erziehung an Stelle von Strafe zu setzen, um sich. 1908 wurden Jugendgerichte in Köln, Stuttgart und Breslau eröffnet, 1909 auch in Halle. Hier wurde die Jugendgerichtshilfe zunächst durch einige Vereine gepflegt, unter denen besonders der Lehrerinnenverein sich als besonders rührig hervortat. Als der Kriegsausbruch 1914 alle Kräfte in den Dienst des Vaterlandes rief, mußte die Jugendgerichtsarbeit zunächst zurückstehen und so kam es, daß im Juni 1916 Professor D. Paul Feine den Gedanken der Jugendgerichtshilfe erneut aufgriff, zur Mitarbeit aufrief und den Verein Jugendhilfe gründete. In seinem einführenden Vortrag begründete er seinen Aufruf damit, daß das Heer der Gewohnheitsverbrecher sich hauptsächlich auf die straffällige Jugend rekrutiert und daß die Vergeltungsidee schwere Mißerfolge aufzuweisen habe. Darum ist Leitsatz der Jugendgerichtshilfe: „Erziehung statt Strafe und Vergeltung". Als Aufgabe des neuen Vereins wurde damals ins Auge gefaßt: 1. Jugendgerichtshilfe, 2. Auskunftsstelle für Jugendliche und deren Angehörigen und alle Jugendlichen betreffenden Fragen, 3. Bekämpfung der allgemeinen Gefährdung der Jugend durch Schundliteratur, Kino usw.

Dieses im Juni 1916 begonnene Werk hat die Jugendhilfe bis jetzt durchgeführt, indem sie an Fällen bearbeitete: 1916 = 372, 1917 = 740, 1918 = 634, 1919 = 1034, 1920 = 747, 1921 = 975. Mit der Zeit dehnte sich ihre Tätigkeit von der Stadt Halle auch auf den Amts- und Landgerichtsbezirk Halle aus.

Aus der Arbeit wuchs ferner heraus der Verein für psychopathische Kinder in der Provinz Sachsen und der Verband für Jugendgerichtshilfen in der Provinz Sachsen.

Mit dem Jahre 1920 trat leider der Gründer und bisherige Vorsitzende infolge beruflicher Ueberlastung von dem Amt als erster Vorsitzender zurück. Die Leitung des Vereins übernahm nun Staatsanwaltschaftsrat Dr. Barg.

Wie überall in der freien Liebestätigkeit hatte schon in den letzten Jahren der Verein wirtschaftlich schwer zu kämpfen, aber immer gelang es noch dank städtischer und privater Unterstützung, das Budget zu balanzieren. In der Stadtverordnetensitzung vom 12. Dezember 1921 wurde nun jede weitere städtische Unterstützung des Vereins abgelehnt. So sieht sich dieser gezwungen, mangels Mittel seine für Halle geleistete Arbeit einzustellen und tritt am 30. d. Mts. zwecks Auflösung des Vereins zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zusammen.

Hiermit wird eine Epoche in der freien Liebestätigkeit in der Stadt Halle abgeschlossen. Mögen sich breite Schultern finden, die willig und fähig sind, die Arbeit, die sich als so notwendig erwiesen hat, weiterzutragen.

— Im eigenen Spiegel. Den Abgang des Genossenlandrats Dr. Erdmann begleitet die „Volkszeitung" mit folgendem Satz: „Severing hatte den Genossen Erdmann auf Vorschlag der sozialistischen Mehrheit zum kommissarischen Landrat von Schwelm gemacht und jein „demokratischer" Nachfolger Dominicus warf ihn mit derselben Unverschämtheit einfach hinaus, wie er den Genossen Kasparek aus Sangerhausen hinauswarf." Kein anderer schreibt das als Herr Kasparek selber, der es ja auch wissen muß. Nur verschweigt er, auf welche Unverschämtheit hin Herr Dominicus die „Unverschämtheit" beging, als er Herrn Kasparek jagte. Das zu wissen, wäre interessanter. . . . .

— Ueber die diesmalige Neujahrsbriefkartenkrankung herrscht im Publikum große Unklarheit. Nach Auskunft des Briefpostamtes sind Karten, die Aufdrucke tragen wie die folgenden: „Prosit Neujahr", „Herzlichen Glückwunsch zum neuen Jahre", „Viel Glück für 1922" usw. mit 10 Pf. zu frankieren, sofern außer dem Namen des Absenders weiter kein schriftlicher Zusatz gemacht wird. Gedruckte Karten, die außer dem Namen des Absenders höchstens fünf auf den Jahreswechsel bezügliche Worte im Handschrift tragen, müssen mit 15 Pf. frankiert werden. Reifen Glückwunschkarten längere Zusätze auf, so unterliegen sie dem gewöhnlichen Porto (Fernverkehr 40 und Stadtverkehr 30 Pf.). Dieselbe Vorschrift gilt auch für Karten, die in offenen Umschlägen mit der Bezeichnung „Drucksache" versandt werden. Da am Sonntag ein erhöhter Portotarif in Kraft tritt, so wird die Leerung der Kästen bis in die späten Abendstunden durchgeführt werden. Was sich nach 12 Uhr nachts in den Kästen befindet, unterliegt dem neuen, bekanntlich viel höheren Frankierungstarif.

tk. Die neuen Steuerabzüge vom 1. Januar ab. Die Steuerbücher enthalten überholte Angaben über die zulässigen Abzüge. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Arbeitgeber vom 1. Januar 1922 ohne weiteres berechtigt, die neuen vom Reichstage beschlossenen Abzüge in Anrechnung zu bringen. Eine eigenmächtige Abänderung in den Steuerbüchern ist nicht zulässig. Enthält das Steuerbuch als zulässigen Abzug 800 Mk., so tritt dafür der Betrag von 780 Mk. ein. Existenzminimum, Abzug für Frau und Kinder verdoppeln sich, die Werbungskosten verdreifachen sich.

tk. Erhöhung der polizeilichen Strafmandate. Nach einem dem Staatsrate zugegangenen Entwurf werden alle polizeilichen Geldstrafen in Zukunft um das Zehnfache erhöht, die polizeiliche Strafverfügung kann bis zu 1000 Mk. Geldstrafe erkennen, die niedrigste Strafe ist 50 Mk. oder ein Tag Haft.

— Bundesklein gartenland am Grünen Weg. Auf Beschluß der Kleinpächter wird von einer Umzäunung abgesehen, es ist somit nur die einfache Pacht zu bezahlen. Diejenigen Kleinpächter, die für die Umzäunung bereits eingezahlt haben, können den Betrag jederzeit auf der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Straße 21, abholen. Die freigewordenen Parzellen am Grünen Weg werden vom 4. Januar ab an neue Pächter verpachtet.

Familien-Nachrichten

Geburt: K. Eckstein (Sohn).
Verlobung: Paula Bennemann mit Otto Weisleder.
Vermählung: Rudolf Stiebritz mit Emmy Amberg.
Todesfälle: Anna Viehweg geb. Soldner (41 Jahre). — Friedrich Blume (64 Jahre).

Aus Mitteldeutschland

Das Schwesternhaus in Ilsenburg (Harz)

Weite Kreise sind, wie die Erfahrung lehrt, immer noch nicht genügend über den Umfang und die Leistungsfähigkeit des Schwesternhauses Margaretenstift in Ilsenburg unterrichtet. Es verfügt über eine statliche Zahl in allen Zweigen der Krankenpflege, sowie Haushaltung ausgebildeter, staatlich geprüfter und seit Jahren tätiger Schwestern. Das Schwesternhaus ist von einer alten Berufsschwester zum Wohle der leidenden Menschheit ins Leben gerufen, um in Krankheitsfällen dauernd eine Schwester den betroffenen Familien senden zu können.

Die stattliche Zahl von Schwestern ermöglicht, meist sofort oder doch sehr bald eine Schwester senden zu können.

Das Schwesternhaus will auch in vorübergehenden Verlegenheiten aushelfen und sendet deshalb auch seine Schwestern zur Uebernahme von Vertrauensstellungen für kürzere Zeit, zur zeitweiligen Führung des Haushaltes, zur Pflege von Wöchnerinnen in schweren Fällen usw. Junge Mädchen, Säuglinge und Kindergärtnerinnen finden in der Schwesternschaft eine sichere, zufriedenstellende Berufstätigkeit unter stetem Schutz der Schwesternschaft. Ihnen wird eine sichere, schöne Heimat geboten. Das Schwesternhaus hilft, wo es kann, und wende man sich, wenn man Hilfe benötigt, an die Leiterin und Oberin des Schwesternhauses Margaretenstift, Ilsenburg (Harz), Telephon 16.

L. Brehna, 29. Dez. (Verschiedenes.) Durch die vielen Siedlungshäuser und die große neue Obstplantage zwischen Staatsbahn und Straße hat unser einstiges kleines Ackerstädtchen ein ganz anderes Aussehen bekommen. — Die neuen Wohnhäuser im benachbarten Nötzsch sind fast alle mit Schiefer eingedeckt. — Mit dem Pflügen der Aecker ist überall begonnen worden. Nicht selten müssen 4 Zugtiere vorgespannt werden.

— Dessau, 29. Dezember. (Emil Weyhe gestorben.) 71jährig starb hier der Geschichtsforscher und langjährige Leiter der Dessauer Hofbibliothek, Geh.-Rat Prof. Weyhe, der sich durch die Katalogisierung der Bibliothek und zahlreiche geschichtliche Schriften einen Namen gemacht hat. Sein Hauptwerk ist die zweibändige Landeskunde des Herzogtums Anhalt.

— Dessau, 29. Dezember. (Der Landwirtschaftliche Zentrallieferungsverband Anhalt) ist nunmehr durch zweimaligen Beschluß der Generalversammlung endgültig aufgelöst worden. Der Zentrallieferungsverband hatte nach der Auflösung des Anhaltischen Viehhandelsverbandes, der mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft einging, die Versorgung der anhaltischen Bevölkerung mit dem aus Massverträgen mit den anhaltischen Landwirten gewonnenen verbilligten Schweinefleisch, den weiteren Abschluß solcher Verträge, die Verteilung von verbilligtem Mais als Mastfutter und die Besorgung von Saatkartoffeln, Kunstdüngemitteln usw. übernommen. In landwirtschaftlichen Kreisen wird die Auflösung des Verbandes, der sich in mancher Beziehung als ein Stück Zwangswirtschaft darstellte, allgemein begrüßt, wenn ihm auch zum Teil segensreiches Wirken im Interesse der Allgemeinheit nicht abgesprochen werden kann.

— Braunschweig, 29. Dezember. (Kirchenfrevel.) In der katholischen Laurentiuskirche Hinter der Masch wurde die diesjährige Christmette durch einen unerhörten Akt der Roheit aufs empfindlichste gestört. Während der Predigt erlönte plötzlich im Vorraum der Kirche ein ohrenbetäubendes Krachen, als ob Gewehrsalven abgegeben würden. Nur der Geistesgegenwart und Ruhe des amtierenden Geistlichen mag es zuzuschreiben sein, daß eine Panik in der überfüllten Kirche vermieden wurde. Und was war geschehen? Bubenhände hatten sogen. Kanonenschläge entzündet. Bereits geraume Zeit vor Beginn der Feier müssen die Kirchenschänder am Werke gewesen sein. Den Tätern ist man auf der Spur; es handelt sich vermutlich um 16- bis 17jährige Bürschchen.

— Meißen, 29. Dez. (Einziehung des Meißener Porzellan-Notgeldes.) Das sächsische Ministerium hat eine Verordnung erlassen, nach der das Porzellan-Notgeld mit dem 31. Dezember d. J. seine Geltung verliert. Die Staatskassen werden angewiesen, das Porzellan-Notgeld nicht mehr an Geldes Statt auszugeben und es nur noch bis 14. Januar 1922 einzulösen. An Sammler können etwa gewünschte Stücke von den einzelnen Kassen noch bis zum 14. Januar zum Nennwert unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß es sich nicht mehr um Notgeld, sondern nur noch um Sammlungsbestände handelt, abgegeben werden.

H.J. Sportberichte

Wetterwendischer Wintersport

Nachdem in den Feiertagen ein kleiner Anstoß zu Frostwetter und guten Schneeverhältnissen zu spüren war und der Schwarzwald, Thüringen und der Oberharz auch bereits Kälte und gute Skifähre meldeten, ist wieder Tauwetter eingetreten, das die Sportverhältnisse, außer im Riesengebirge, vollkommen vernichtet hat. Inzwischen ist die Witterlage wieder anders geworden. Das Thermometer nähert sich dem Nullpunkt. Vielleicht wird es so möglich, daß die für Neujahr angesagten Wintersportveranstaltungen noch zum Austrag werden kommen können.

— Ein Städtespiel Halle gegen Magdeburg findet am 19. Februar in Halle statt. Am gleichen Tage plant der Saalkreis noch ein zweites Auswahlspiel. Die Kreismannschaft soll in Planen gegen den Kreis Westsachsen antreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112301-14/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung“

Die Stickerei-Industrie im Jahr 1921

* Das Kalenderjahr 1921 hat für die deutsche Stickerei-Industrie keine besonders erfreulichen Tatsachen gebracht. Nachdem zum Beginn des Jahres der Käuferstreik im Inlandsabsatze und durch halbwegs reguläre Preise weder ein geregelter Absatz zu verzeichnen war, verdichteten sich bereits im Frühjahr die Anzeichen, daß wiederum ein unruhiger und stoßweise einsetzender Verkehr zu erwarten war. Dieser setzte auch schon im Hochsommer ein, in einer Zeit, da sonst die übliche Geschäftsstille zu beobachten war. Im August verschärfte sich dann durch plötzliche Senkung des Markwertes die Lage und zeigte ein unerfreuliches Bild der Krisenkonjunktur, wie man es nur in den unerfreulichsten Tagen der katastrophalen Hausse 1919 zu sehen gewöhnt war. Durch die Entwertung des Inlandgeldes sprangen alle zur Lebensnotwendigkeit gehörenden Artikel im Preise in die Höhe, so daß die in Geltung befindlichen Arbeitslohntarife nicht mehr eingehalten wurden. Es kam zu einem außerordentlich schwierigen Komplex von Tarifverhandlungen, welche dann mit einer rückwirkend rechnenden Erhöhung bis 75 Prozent ihren Ausklang fanden, und welche die Industrie weiter schwer belasteten. Dazu kamen Preiserhöhungen sämtlicher Hilfsindustrien, die mit dem allgemeinen Steigen des Preisniveaus ebenfalls Schritt hielten. Die Stickerei-Industrie, welche fast vollständig von solchen Unterfaktulationen abhängig ist, geriet in eine schwierige Lage. Die Rohwaren sind zu 95 Prozent englischer Herkunft, die Arbeitslöhne machen prozentual bei dem Fertigfabrikat fast die Hälfte des Verkaufspreises aus. Die Industrie war durch große Dispositionen für Herbst und Winter bereits im Spätsommer belegt worden und stand nun der Tatsache gegenüber, Aufträge zu minimalen Preisen liefern zu müssen, dagegen für Rohstoffe und Arbeitslöhne die höchsten Kurse zu bezahlen. Die Fabrikanten mußten sich nunmehr entschließen, ihren Kunden einen Preisaufschlag zu unterbreiten. Dieses Mal zeigte die Abnehmerschaft in ihrer weitüberwiegenden Zahl der Stickerei-Industrie gegenüber Verständnis, und so gelang es durch gegenseitiges Entgegenkommen, fast ohne Ausnahme sämtliche Aufträge auszuliefern.

Im Herbst des Jahres 1921 setzte ein lebhafter, auch in der Oeffentlichkeit geführter Kampf um die Einfuhr von Schweizer Stickereien ein. Es wurde von einzelnen Verbraucherkreisen die Behauptung aufgestellt, daß die deutschen Stickereien nicht in der Lage sind, solche Qualitäten anzufertigen, durch welche diese ausländischen Produkte überflüssig werden. Die Vogtländischen Fabrikantenkreise haben mit vollem Recht diese Behauptung lebhaft bekämpft. Die Produktion unserer Wäschestickerei-Industrie muß jedem objektiven Fachmann ehrliche Bewunderung abgewinnen. Der Kampf um die Einfuhr, welcher von beiden Seiten ziemlich erbittert geführt wurde, endete bedauerlicherweise mit einem Siege der Einfuhrfreunde. Es ist dann die Zusage der Reichsbehörden erreicht worden, daß diese Einfuhr für die nächste Zukunft die letzte sein soll. Es soll hier festgestellt werden, daß der Einwand der einzelnen Verbraucherkreise, daß die deutsche Stickerei-Industrie qualitative Grenzen hat, nicht den Tatsachen entspricht. Zugegeben sei es jedoch, daß die Menge ihrer Produktion heute noch Beschränkungen hat. Völlig verkehrt ist es trotzdem, wenn Schweizer Stickereiprodukte in den Großhandel und dadurch auch in den Einzelhandel kommen. Es ist die Pflicht eines jeden Groß- und Kleinhändlers, darauf hinzuarbeiten, daß der Vertriebsgriff des Publikums „Schweizer Stickereien“ endgültig verschwinden soll; im Kleinverkauf sollen nur Plauener Stickereien angeboten werden. Diese sind tatsächlich den ersteren wenigstens ebenbürtig.

Das Exportgeschäft des Jahres hat getreu den Inlandsgeschäften die gleichen Situationen aufzuweisen gehabt. Die Auslandsmärkte, im ganzen Jahr fast ausnahmslos stagnierend, haben nicht die Aufnahmefähigkeit gezeigt, die man in normalen Zeiten hätte erwarten dürfen. Die meisten Verkäufe standen unter dem Eindruck der Devisenhausse; trotzdem wurde das Exportgeschäft von der Industrie außerordentlich gepflegt. Ist es doch gerade für die Stickereibranche der einzige Vertrieb ihrer Leistungsfähigkeit gegen die Schweizer Konkurrenz.

Die Lage der Rohwarenindustrie ist fast von der Gestaltung des Geldmarktes abhängig gewesen. Durch den schlechten Geschäftsgang des Weltgeschäftes war in Manchester die Tendenz andauernd flau, trotzdem standen die Preise der Stuttgarter Börse auf einer dem widersprechenden Höhe, da wir durch unsere Geldentwertung von den fallen Preisen keinen Nutzen ziehen konnten. Die ägyptische Baumwollernte ist nicht günstig gewesen. Hier kann damit gerechnet werden, daß nach Lösung der großen Wirtschaftsfragen eine Preissteigerung eintreten muß.

Sich über die Aussichten der nächsten Zukunft mit Sicherheit auszusprechen, ist unmöglich. Wir hängen fast vollständig von der Entwicklung des Geldwertes ab und niemand wird es wagen, auch nur halbwegs gewissenhafte Prophezeiungen abzugeben. Immerhin muß in Betracht gezogen werden, daß die Produktion der deutschen Stickerei-Industrie verhältnismäßig gering ist, so daß der Verbrauch im Inlande mit Leichtigkeit die Gesamtleistung aufnehmen kann. Ein Warenüberangebot ist in unserer Branche also in der nächsten Zeit keinesfalls zu erwarten, ohne daß daraus auf die Preisentwicklung Schlüsse gezogen werden dürften. Sollte im Frühjahr eine halbwegs stabile Valutaentwicklung eintreten, so dürfte man mit einem ziemlich lebhaften Absatz rechnen.

Industrie

dd. Ein deutsch-chinesisches Industrie-Unternehmen. Die Firma Siemens hat im Verein mit einigen chinesischen Unternehmern in Schanghai die Gründung einer Fabrik in die Wege geleitet, die elektrotechnische Artikel in beschränktem Maßstabe, wie dem Bedarf der chinesischen Märkte entspricht, herstellt. Die Erzeugung derartiger Elektro-Bedarfsartikel liegt in den Händen einer chinesischen Aktiengesellschaft unter Beteiligung von Siemens, die Zweigunternehmen in Soochow und Wusik anstrebt. Diese A.-G., deren handelsgerichtliche Eintragung in Peking bereits in die Wege geleitet ist, übernimmt gleichzeitig den Vertrieb für Erzeugnisse der Rhein-Elbe-Union und umfaßt die seitherige China-Organisation von Siemens.

ss. Muldenthalwerke A.-G. in Freiberg in Sachsen. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltung bringt für das erste Geschäftsjahr 10 Proz. Dividende in Vorschlag.

ss. Karl Dürrfeld A.-G. in Chemnitz. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltung beantragt wieder 25 Prozent Dividende.

ss. Lederstuchfabrik vorm. Maerker A.-G. Trenen in Sachsen. (Eigener Drahtbericht.) Die G.-V. setzte die Dividende für das erste Geschäftsjahr auf 30 Proz. fest und beschloß Erhöhung des Aktienkapitals von 2 auf 5 Millionen durch Ausgabe von 3000 Stück neuer Aktien. Dieselben werden den Aktionären zu pari angeboten. Die Verwaltung bezeichnet die Aussichten als günstig.

* Neue Aktiengesellschaft. In Luckenwalde ist unter der Firma Schuhfabrik Dalberg A.-G. eine Aktiengesellschaft mit 5 Millionen Mark Kapital gegründet worden. Das gesamte Grundkapital ist bar im Auftrage der Salamander-Schuh G. m. b. H. eingezahlt.

* Handelsregister Halle. Neueintragung: o. H. G. Ernst Hasse u. Co. — Löschung: Firma Karl Erge. — Aenderungen: Anhaltische Handels-A.-G. Halle (Kapitalserhöhung und Satzungsänderung). * Buttermilch u. Co., G. m. b. H., Halle (Kapitalserhöhung auf 480 000 M.).

Landwirtschaft

dd. Die nächste Landwirtschaftliche Woche. Die große Tagung des Reichs-Landbundes, die sogenannte Landwirtschaftliche Woche, findet diesmal in Hannover im Februar statt.

* Die Maul- und Klauenseuche auf dem Schlachtviehhof in Nürnberg ist am 24. Dezember erloschen.

Handel

* Freihändiger Holzverkauf. Der preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat in einem Erlaß die Regierungen erneut angewiesen, neben den öffentlichen Versteigerungen durch freihändige Nutzholzverkäufe und Verkäufe mit beschränktem Bieterkreis den örtlichen Bedürfnissen der kleinen Holzverbraucher, insbesondere der Handwerker, Rechnung zu tragen. Die gebotenen Preise müssen dabei der allgemeinen Marktlage entsprechen, da auch die von den Handwerkern hergestellten Fertigfabrikate zu Marktpreisen weiterveräußert werden.

TU. Besserung in der Kartoffel-Versorgung. Das seit etwa zehn Tagen andauernde offene Wetter ist für die Kartoffelversorgung günstig und wird im weitgehendsten Maße ausgenutzt, um aus den Ueberschußgebieten Kartoffelsendungen in die Bedarfsgebiete bringen zu lassen. Nach Mitteilungen aus dem Reichsverkehrsministerium ist es gelungen, alle Anforderungen nach Wagengestellung im wesentlichen zu erfüllen.

tu. Vernichtung großer Wollpackhäuser in Australien. Ein auf mehrere Millionen zu beziffernder Schaden ist, wie der „Deutsche Handelsdienst“ aus Sydney erfährt, durch die Vernichtung eines der größten Wollpackhäuser entstanden, welches in erster Linie neue Wolle enthielt. Das Feuer hat einen solchen Umfang angenommen, daß man in Fachkreisen mit der Möglichkeit einer großen Preissteigerung durch dieses unglückliche Ereignis rechnet.

bth. Häute-Auktion. Die 28. Berliner Häute-Auktion des Allgemeinen Häuteverwertungs-Verbandes G. m. b. H. findet am Dienstag, den 10. Januar und Dienstag, den 17. Januar zu Berlin statt. Am 10. Januar vormittags 9 Uhr Großviehhäute, Kalbfelle, und am 17. Januar vormittags 11 Uhr Schaffelle.

Verkehr

dd. Maßnahmen zur Besserung der Wagenstellung. Das Reichsverkehrsministerium hofft, zu Beginn des kommenden Jahres dem empfindlichen Mangel an Eisenbahnwaggons durch neue geeignete Maßnahmen abhelfen zu können. Eingehende Ermittlungen haben gezeigt, daß auf fast allen größeren Bahnhöfen schon seit längerer Zeit eine Stagnation des Wagenumlaufes eingetreten ist, und daß die ankommenden Güterwagen nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit entladen neu zusammengestellt und aus den Rangiergleisen herausgezogen werden. Es soll deshalb — in den nächsten Tagen werden nach dieser Richtung hin abschließende Besprechungen stattfinden — eine Neuregelung des Rangierdienstes durchgeführt werden. Man will u. a. auch für die Rangierung gewisse Prämien aussetzen, um die einlaufenden Güterwagen schnellstens zu den Entladungsstellen zu bringen und sie dann unverzüglich wieder in den Verkehr einzugleisen. Auch sollen gewisse Belohnungen dafür ausgesetzt werden, daß das Wagenmaterial möglichst pfleglich behandelt und Unfälle mehr als bisher vermieden werden.

* Braunschweig-Schöninger und Oschersleben-Schöninger Eisenbahn. Am 1. Februar 1922 tritt auf beiden Bahnen ein erhöhter Tarif für Fahrpreise und Frachtsätze in Geltung.

* Gera-Meuselwitz-Wuitzer Eisenbahn-A.-G. Mit Gültigkeit ab 1. Januar 1922 treten Aenderungen in den Frachtsätzen des Ausnahmetarifs 6a im Binnenverkehr in Kraft.

* Oberlausitz. Ab 1. Januar 1922 wird Cunnersdorf bei Kamenz (Sa.) als Versandstation in den Ausnahmetarif 5a einbezogen.

Zur Lage der Elbeschiffahrt. Die milde Witterung der letzten Tage bewirkte, daß die Schiffahrt in beschränktem Maße wieder aufgenommen wurde, allerdings ist der Wasserstand der Elbe am oberen Lauf noch immer sehr niedrig und die Ausnutzung des Laderaums der Fahrzeuge dadurch aufs äußerste beschränkt. Auch an der Mittelelbe ist der Wasserstand noch kaum gebessert und nur im unteren Laufe scheinen nach den veröffentlichten Peiltiefen die Verhältnisse etwas besser zu liegen. Der Gebührentarif für die Benutzung staatlicher Winterhäfen in Sachsen ist vom 15. Degember ab auf den vierfachen Betrag der bis zum Winter 1917/18 gültigen Tarife erhöht worden. Die Hamburger Kaigebühren erhielten vom gleichen Tage an eine Erhöhung ihres Gebührenzuschlages.

ss. Neue Aktiengesellschaft. (Eigener Drahtbericht.) Unter Mitwirkung der Bank für Handel und Industrie und der Kommerz- und Privatbank Leipzig erfolgte die Gründung der Leipziger Werbereis- und Speditions-Akt.-Ges. mit 5 Millionen Mark. Es handelt sich um Uebernahme bezw. Fortführung des von der Firma Koch jun., A.-G. in Leipzig abgegeigten Speditionsgeschäftes.

ha. Hamburg-Amerika-Linie. Die Gesellschaft hat bei „Havelland“ der Hamburg-Amerika-Linie hat am 17. Dezember von Hamburg aus seine Reise nach Ostasien angetreten. Mit dieser Abfahrt wurde der Dienst nach dem fernen Osten mit deutschen Schiffen eröffnet. An ihm sind außer der Hamburg-Amerika-Linie der Norddeutsche Lloyd und zwei englische Reedereien beteiligt. Als nächste deutsche Schiffe werden am 7. Januar der Dampfer „Westfalen“ des Norddeutschen Lloyd und am 31. Januar der Dampfer „Münsterland“ der Hamburg-Amerika-Linie nach Ostasien abgefertigt werden.

ha. Zurückgekaufte deutsche Dampfer. Die Hamburg-Amerika-Linie hat ihren Passagier- und Frachtdampfer „Thessalia“ (7500 To. Tragfähigkeit) und die beiden Frachtdampfer „Emden“ (9275 To. Tragfähigkeit) und „Liguria“ (7100 To. Tragfähigkeit) aus englischem Besitz zurückgekauft.

Geldmarkt und Banken

Eine neue Reichsbankfiliale in Thüringen. Die Stadt Rudolstadt steht mit der Verwaltung der Reichsbank in Unterhandlung wegen Errichtung einer Reichsbankfiliale in Rudolstadt, wozu die Stadt Räumlichkeiten im Rathaus zur Verfügung stellt.

Börsenverkehr im Januar. Der Börsenvorstand gibt bekannt: Am 31. Degember 1921 und am 2. Januar 1922 fällt die Börsenversammlung der Abteilung Wertpapiere aus; doch werden an diesen beiden Tagen Devisen und Noten notiert. Jeder Handel in Wertpapieren ist an diesen Tagen untersagt. Vom 3. Januar 1922 ab finden in jeder Woche am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag Börsenversammlungen der Abteilung Wertpapierbörse statt. Ausländische Zahlungsmittel (Devisen und Noten) werden täglich notiert. Die Notierung von Devisen findet regelmäßig um 12 Uhr statt, ausgenommen Sonnabends, an welchem Tage sie bereits um 11 Uhr beginnt. An den börsenfreien Tagen ist jeder Handel in Wertpapieren untersagt. Die Börsenräume werden börsentäglich um 11 Uhr geöffnet, doch ist bis 12 Uhr jeder Handel strengstens untersagt. An allen Börsentagen beginnt die Feststellung der ersten Kurse für die zur fortlaufenden Notierung der tatsächlichen Umsätze zugelassenen Wertpapiere um 12, die Feststellung des Einheitskurses für festverzinsliche Wertpapiere um 12½, für Dividendenwerte um 1 Uhr. Am 2. Januar 1922 werden die Kursmakler in der Zeit von 1—3 Uhr zur Erledigung von Reklamationen und zur Entgegennahme von Aufträgen in den Börsenräumen anwesend oder vertreten sein.

tu. Deutsch-russische Bankverbindungen. Die Handelsvertretung der Sowjetrepublik in Deutschland teilt mit, daß im Auftrage der Russischen Staatsbank folgende deutsche Banken als Korrespondenten der Russischen Staatsbank zu betrachten sind: Berliner Handelsgesellschaft, Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Dresdner Bank in Berlin und das Bankhaus M. M. Warburg u. Co. in Hamburg. Die betreffenden Banken sind ermächtigt, Geldüberweisungen durch Post und Telegraphen nach den Orten Sowjetrußlands und auch den mit Rußland verbündeten Föderativrepubliken anzunehmen.

dd. Die Folgen der Markentwertung für Holland. Die holländischen Industrieverbände haben ein Telegramm an den Handelsminister gerichtet und diesen um dringende Maßnahmen gegen die Einfuhr von Waren aus Ländern mit ungünstiger Valuta ersucht. Die Verbände bezeichnen die Lage der holländischen Industrie als trostlos.

Börsenberichte

w. Vom Devisenmarkt. Das Devisengeschäft konnte gestern vormittag nicht recht in Gang kommen, da allgemein Zurückhaltung mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reparationsverhandlungen beobachtet wurde. Trotzdem kam allmählich eine einschiedene Befestigung der Stimmung zum Ausbruch. Von Stunde zu Stunde wurden etwas erhöhte Kurse genannt, und an der Börse selbst zogen die Kurse weiter an. Das Geschäft blieb aber recht ruhig. Die Effektenhändler waren durchweg fest gestimmt; namentlich für Scheidemandel zeigte sich auf die bevorstehende Kapitalerhöhung lebhaftes Interesse. Es wurde ein Kurs von 1850 genannt. Auch R. Wolf und Deutsche Petroleum-Aktien wurden wesentlich höher geschätzt. Man glaubte allgemein, für heute eine feste Börse erwarten zu können.

Produktenbericht. Am Markte war das Geschäft ruhiger als gestern. Die Reichsgetreidestelle sucht zwar Weizen und Roggen zu kaufen, aber zu Preisen, zu denen Ware nicht abgelassen wurde. In der Provinz wurde mehr umgesetzt, weil zum Teil in Deckung früherer Verkäufe höhere Preise erzielt wurden als jetzt hier zu erzielen sind. Gerste war wenig am Markt. Für gute Qualitäten zeigte sich Nachfrage seitens der Brauereien. Die Preisforderungen für Hafer wurden höher gehalten als im Fouragegeschäft zu erzielen. Hamburg kauft Hafer zu verhältnismäßig hohen Preisen, und dadurch wird das mecklenburgische Angebot von hier abgelenkt. Mais war ruhig. Kleie war gefragt bei kleinem Angebot. Für Futterstoffe bestand dauernd Nachfrage.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 29. Dezember.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** ab Station

Weizen, märk., 375—378, schles. 375, stetig.
Roggen, märk. 308—303, meckl. 305—310, stetig.
Wintergerste —, Sommergerste 355—368, fest,
Hafer, märk. 280—285, behauptet, schles. —,—.
Mais, la Plata —, ohne Prov.-Anz. 280—284, ab Hamburg.
Weizenmehl, 910—1050, feinstes darüber, fester. Roggenmehl 720—800 (je 2 Z.).
Weizenkleie 185—190, Roggenkleie 190—195, still.

Raps 570—580, ruhig.	Leinsaat 550, still.		
Victoriaerbsen	420—440	Lupinen, blaue	220—240
Kleine Speiseerbsen	330—350	Lupinen, gelbe	260
Futtererbsen	300—310	Rapskuchen	—
Peluschken	—	Leinkuchen	—
Wicken	—	Serradella	400—420
Ackerbohnen	300—310	Trockenschnitzel	170—173

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen Großhandelspreise
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 33—35.
Haferstroh drahtgepreßt 43—46. Stroh seilgebündelt —.
Langstroh seilgebündelt 30—32.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 102—110. gesund und trocken (Nachmahd) 90—95. Kleeheu —

Devisen-Notierungen

Berlin, 29. Dezember.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.-Rottd.	6793,20	6806,80	Paris	1492,—	1495,—
Brüss.-Antwerp.	1426,05	1428,15	Schweiz	3631,35	3638,65
Christiania	2967,—	2973,—	Spanien	2667,20	2772,80
Kopenhagen	3697,30	3704,70	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	4635,35	4644,65	Oesterr. abgest.	6,68	6,72
Helsingfors	360,60	361,40	Prag	269,70	270,30
Italien	796,70	798,30	Budapest	29,27	29,33
London	781,70	783,30	Poln. Mark	6,15	—,—
New-York	185,81	186,19	Buenos Aires	62,15	62,35

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 29. Dez. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,8 %	4950 5000	Zinn (Banca-Straits-Australd)	13600 1-700
Orig.-Hütt.-Weichblei	2000 2025	Hüttenzinn (99%)	13300 13400
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	2050 2100	Reinnickel (98-99%)	11700 12000
Remelted-Platt.-Zink	1550 1600	Antimon (Regulus)	2000 2050
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöcken)	8000	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	5473 5525
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtb.)	8200	Elektrolytkupfer p. 100 kg	5602
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	
		Preis des Zinkhüttenverb.	2150

Die Anzeige

über das Ableben des **Prof. Schollmeyer** ist durch eine sonderbare Verquickung verschiedener Umstände in die gestrige Abendausgabe unserer Zeitung gelangt. Herr **Prof. Schollmeyer** war zwar erkrankt, ist aber völlig wiederhergestellt.

Hauptschriftleiter: Hermann Gottmer:
Verantwortlich für Politik: Hermann Böttcher; für politische Nachrichten Ernst Messerschmidt; den volkswirtschaftlichen Teil: Hermann Huth; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport Hans Hellius; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellhorn. — Für den Anzeigenteil: Max Becker, sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192112301-14/fragment/page=0004